

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter.

Die Aufgaben der Gewerkschaften sind gewachsen. Die Gegenwart stellt an sie ganz andere Anforderungen als jemals eine frühere Zeit. Die Gewerkschaften haben sich auf die zahlreichen Neuaufgaben einzustellen. Das erfordert nicht nur größte physische Kraftanstrengung, sondern auch vermehrtes Wissen und Können. Die ausführenden Organe der Gewerkschaften sind heute mit einer weit größeren Verantwortung belastet. Ihre Handlungen werden nicht immer von den Mitgliedschaften objektiv bewertet. Nicht aus böser Absicht, sondern weil es sehr oft an der Erkenntnis der wahren Ursachen, die dieses Handeln vorschreiben, fehlt. Um diesen Mangel zu beheben, ist eine möglichst enge Verbindung zwischen Leitung und Mitgliedschaft vonnöten. Sie bedingt eine gründliche Information vornehmlich aller Gewerkschaftsfunktionäre, denen die Aufgabe zufällt, in der Mitgliedschaft die notwendige Aufklärung zu verbreiten. Nur wenn das geschieht, können Mißverständnisse oder irriige Beurteilungen verhütet und nur so kann möglichste Übereinstimmung in der Auffassung und Beurteilung von Situationen bei allen Gliedern der Organisation hergestellt werden. Voraussetzung ist eine möglichst eingehende und gründliche Behandlung aller im Vordergrund der gewerkschaftlichen Interessen stehenden Fragen. Nur weitestgehende Aufklärung kann den Boden für eine fruchtbringende gewerkschaftliche Arbeit auch in der Zukunft bereiten.

Von diesem Gedanken waren auch die Arbeiten der Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter unseres Verbandes am 23. und 24. Oktober in Hamburg geleitet, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Sie lautete wie folgt: 1. Die politische und wirtschaftliche Lage. 2. Stand unseres Verbandes: a) Mitgliederbewegung; b) Finanzen. 3. Wirtschaft und Baumarkt. 4. Unsere Lohnbewegungen. 5. Unsere Unterstüßungseinrichtungen. 6. Unsere Aufklärungs- und Bildungsarbeit. 7. Unser Verband und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses.

Die Konferenz wurde um 9 1/2 Uhr vormittags durch den Vorsitzenden, Kamerad Schönfelder, eröffnet. Er gab einleitend eine Uebersicht über die politische und wirtschaftliche Lage, wobei er die Ergebnisse des Breslauer Gewerkschaftskongresses in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Annehmend habe das deutsche Volk in politischer Beziehung die Lehren des Krieges vergessen. Das Pendel der politischen Bewegung, das nach Abbruch des Krieges stark nach links ausschlug, habe sich schon sehr stark nach rechts gewendet. Das konnte man daraus erkennen, daß das deutsche Volk einen Mann, der in hohem Maße für die Ausdehnung des Krieges verantwortlich sei, zum Präsidenten der Republik gewählt habe. Aber die politische Geschichte vollziehe sich in mancher Beziehung durchaus amongschlüssig. Die jetzige Regierung habe die früher von ihr verschmähte Erfüllungspolitik in einer Weise gefördert, wie es linksstehende Politiker wahrscheinlich nicht hätten wagen dürfen, um nicht ihr Leben aufs Spiel zu setzen. In den jüngsten Verhandlungen in Locarno seien der sogenannten früheren Feinden Zusicherungen gegeben worden, wie es kaum eine Regierung vorher getan habe. Wir können uns über diese Entwicklung nur freuen, unser Ideal der Völkerverständigung werde damit der Verwirklichung näher geführt. Aber die Arbeitererschaft habe auch den Preis für diese Politik zu zahlen, insofern der von derselben Regierung besetzten Steuer- und Zollpolitik. Die Widerstandskraft und der Kampfwille der Arbeiter seien leider zu gering gewesen. Diese unheilvolle Gesetzgebung zu verhindern. In ihr läge ein ungeheurer Angriff auf die Arbeitskraft, aus der alle Mittel für die Kosten des Staates herausgeholt werden sollten. Nach den Steuerergebnissen des Deutschen Reiches für das erste Halbjahr 1925 zeige sich eine außerordentlich starke Abnahme der Besitzsteuern, hingegen eine Zunahme der Lohn- und Massensteuern. Während im vorigen Jahre bei einer höheren Lohnsteuer nie mehr als 70 % der Einnahme aus Lohn- und Massensteuern flossen, sei in diesem ersten Steuerhalbjahre schon ein Betrag daraus von über 74 % erreicht. Nun käme dazu noch die Wirkung der jetzt in Kraft getretenen Zölle. Diese sowie die Steuerlasten auf dem Massenkonsum bedeuten eine außerordentliche Schwächung des Reallohnes. Die deutsche Regierung sehe ein, daß der Reallohn der Arbeiter in Deutschland niedriger sei als im Auslande, und sie mache deshalb den unmöglichen Versuch, ihn durch Preisabbau zu stärken. Aber

letzen Endes sei auch das nur ein Scheinmanöver, um die Mehrbelastung durch die Zölle zu verschleiern. Der Umbau des Preisabbaues werde die Gewerkschaften nicht von der Einsicht abbringen, daß nur durch Lohnerhöhung die Hebung des Reallohnes möglich sei. Regierungs- und Wirtschaftsvertreter versuchten allerdings, den Arbeitern klarzumachen, daß Lohnerhöhungen zu ihrem eigenen Schaden seien insofern als sie die deutsche Produktion verteuerten und Deutschland konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt machten. Ueber diesen Punkt habe sich Professor Herberg auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress ausführlich geäußert. Er habe bestritten, daß die Absatzschwierigkeiten Deutschlands in seiner politischen Machtlosigkeit lägen; denn wir hätten in den Ländern den stärksten Absatz wo wir kaum irgendwelchen politischen Einfluß hätten. Wenn darauf hingewiesen werde, daß die deutsche Wirtschaft durch den Friedensvertrag und die Verpflichtung aus dem Dawes-Abkommen, durch höhere soziale Lasten und höhere Aufwendungen für Frachten stark vorbelastet sei, dann stände demgegenüber die Tatsache, daß Deutschland weit niedrigere Löhne zahle als das Ausland. Während in den andern Ländern der Lohn um 200 bis 300 % über den Vorkriegslohn gestiegen sei, betrage diese Steigerung in Deutschland im Durchschnitt 132 % für gelernte und 156 % für ungelernete Arbeiter. Selbst die Unternehmerverbände hätten seinerzeit für das Baugewerbe eine Erhöhung des Lohnes von 140 bis 180 % angegeben. Die Ersparnisse der deutschen Wirtschaft an Löhnen gegenüber den europäischen Konkurrenten betrage 33 % für den gelernten und 20 % für den ungelerneten Arbeiter pro Arbeitsstunde, während die Dawes-Last auf den Kopf der Bevölkerung pro Arbeitsstunde 3 % betrage. Die Ersparnisse der deutschen Wirtschaft infolge der niedrigen Löhne betrage bei 13 Millionen Industriearbeitern 8 Milliarden, im Vergleich zu Amerika 13 Milliarden. Die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft durch die oben genannten Faktoren würde also mehr als aufgehoben durch die Ersparnisse an niedrigen Löhnen.

Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft lägen in der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der Betriebe und in der hohen Zinsbelastung. Die Unternehmer wollten die Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen durch Monopolisierung des Inlandmarktes (Trusts, Kartelle, Schutzzölle usw.) und Herabsetzung des Lohnkontos. Das bedeute aber Festhalten der deutschen Wirtschaft auf ihrem ungeliebten Stande. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, dies zu verhindern. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit stabilisieren eine rückständige Wirtschaft; hohe Löhne, kurze Arbeitszeit seien Hebel zur Vervollkommnung der Wirtschaft in technischer und organisatorischer Beziehung.

Wir im Baugewerbe lägen, allerdings ein wenig abseits von Industrie und Technik; aber darüber müßten wir uns klar sein, daß das Eigenleben, das wir früher in gewisser Beziehung geführt hätten, vorbei sei. Es lasse sich nicht bestreiten, daß wir im Baugewerbe in der Lohnpolitik früher manchmal eigene Wege gegangen seien und deshalb vom Unternehmertum als Störenfriede in der allgemeinen Lohnpolitik der Unternehmerverbände angesehen wurden. Damit sei es aber so gut wie vorbei; den schließlichen Beweis dafür hätte der Anruf geliefert, den fürsich alle Unternehmerverbände veröffentlichen, als im Baugewerbe die Aussperrung angekündigt war. Tatsache sei auch, daß das Unternehmertum im Baugewerbe immer mehr in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Großkapital geraten sei. Auch im Baugewerbe beherrschten heute die großen Industriebauunternehmungen mit den Banken hinter sich mehr und mehr das Feld. Deshalb müßten wir auch unsern Mitgliedern klarmachen, daß wir es bei unsern Kämpfen nicht mehr mit unsern Unternehmern allein zu tun hätten.

So sehen wir, wie die Unternehmer durch Lohndruck der Wirtschaft helfen wollen und wie die Regierung sie dabei unterstützt. Wir sehen aber auch, wie beide von einer andern Seite aus vorgehen, und zwar durch Herabdrückung der sozialen Lasten, durch Behinderung des sozialen Fortschritts. Die Erwerbslosenerhöhung sei immer noch nicht durchgeführt. Obwohl die Arbeiter dafür Beiträge zu leisten hätten. Würde die Unterstützung doch nur als Fürsorge nach der Bedürftigkeit des einzelnen gewährt. Auch die gesetzliche Regelung des Achtstundentages lasse immer noch auf sich warten. Das Washingtoner Abkommen sei noch immer nicht ratifiziert. Der Breslauer Gewerkschaftskongress habe nach der Seite hin wieder energische Forderungen aufgestellt, wobei zu bemerken sei, daß der Bundesauschuß in bezug auf einen eventuellen Volksentscheid sich mehr und mehr dem Standpunkt genähert habe, den wir Zimmerer von vornherein eingenommen hätten. Auch eine Reihe anderer Forderungen in bezug auf die Sozialgesetzgebung in Deutschland sei noch unerfüllt. Auch heute noch fehle ein einheitliches Arbeitsrecht. Tarifrecht und

Schlichtungswesen harren noch einer endgültigen gesetzlichen Regelung. Ueber Arbeitsgerichte sei ein Entwurf erschienen, der ein Kompromiß bedeute und, wenn er Gesetz würde, immerhin ein Fortschritt sei. Die ganze wirtschaftliche und politische Situation zwinge uns ganz eindeutig auf den Boden, den wir vor dem Kriege verlassen haben, nämlich auf den Boden zähen Kampfes um geringe Fortschritte. Unsere Gegner seien stärker geworden; das zwinge auch uns zur Stärkung unserer Macht. Unsere Erfolge seien abhängig von der eigenen Macht, von der Macht des Gegners, von den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Konjunktur. Wir dürfen wohl annehmen, daß nach Locarno sich die Aussichten für letztere bessern werden. Der Erfolg dürfte mindestens sein, daß nunmehr billigeres Kapital nach Deutschland komme. Die deutsche Wirtschaft sei belastet durch den technischen Rückstand und durch den hohen Kapitalzins. Mit der Behebung der zweiten Schwierigkeit liege sich auch die erste beseitigen. Es sei ein im Kapitalismus unerhörter Zustand, daß beispielsweise in Amerika das Kapital im Felt erstickte, nur mit ganz geringem Zins arbeite, und doch so zögernd nach Deutschland komme, wo ihm höherer Gewinn winkte. Aber das Risiko sei dem ausländischen Kapital zu hoch gewesen. Nationalismus, Militarismus und die Unbeständigkeit der deutschen Verhältnisse in politischer Beziehung veranlassten die Kapitalisten, nur ein hohes Risiko Prämien in Form hohen Zinses zu erlangen. Wenn nunmehr durch den Pakt von Locarno gewisse Sicherheiten geschaffen seien, dann würde hoffentlich auch die Wirtschaft bald wieder flotter werden, dann würde sich auch im Baugewerbe eine Konjunktur entfalten, da der Bedarf an Bautätigkeiten für öffentliche Körperchaften sowohl als auch für den Wohnungsmarkt außerordentlich groß werden dürfte. Unsere Aufgabe müsse sein, zu untersuchen wie wir alle gewerkschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten ausnützen. Uns darauf vorzubereiten, sei mit die Aufgabe der Konferenz.

Die Mitgliederbewegung im 1. Halbjahr 1925 behandelte Kamerad Schumann. Die verhältnismäßig sehr milde Witterung in den ersten Monaten des Jahres bewirkte eine frühzeitige und teilweise kräftige Belebung der Bautätigkeit. Durch Aufnahme der Bauarbeiten in größerem Umfange ging die durchschnittliche Erwerbslosenziffer im Verlaufe der Monate Januar, Februar und März von 51,84 % im Jahre 1924 auf 15,10 % in diesen Jahre zurück. Auch das 2. Vierteljahr brachte eine weitere beträchtliche Senkung der Erwerbslosenziffer, so daß das 1. Halbjahr 1925 mit einer durchschnittlichen Erwerbslosenziffer von 9,02 % gegenüber der gleichen Zeitspanne 1924 mit 30,36 % eine ganz bedeutende Hebung der Bautätigkeit anzeigte und eine weit stärkere Beschäftigung brachte. Die Belebung der Bautätigkeit gab auch dem Verbandsleben neuen Auftrieb. Die Aufbautätigkeit der Organisation setzte überall ein. Die Kameraden gingen mit frischem Mut an die Wiedergewinnung der Abtrümmigen. Diese Tätigkeit wurde durch planmäßige Anleitung und praktische Mitarbeit der Gauleiter wirksam unterstützt und gefördert. Im April setzte dann die allgemeine Werbetätigkeit im Verband durch Verbreitung eines vom Zentralverband herausgegebenen allgemeinen Flugblattes in 120 000 Exemplaren ein. Der Verbreitung folgten Versammlungen, mit dem Ziel, das Verbandsleben neu zu kräftigen, die Verbandsmitglieder zu stärkerer Beteiligung und Mitarbeit im Verbandsleben anzuregen und dadurch die Verbandskraft aufs höchste zu steigern. Ueber den Verlauf der Agitation haben bis jetzt 12 Gauleiter schriftlichen Bericht erstattet. Nach diesen Berichten fanden rund 550 Agitationsversammlungen statt. In 111 von diesen Versammlungen stellte der Zentralvorstand die Referenten. Für alle andern Versammlungen hatten die Gauleiter und Kameraden aus dem Gau die Referate übernommen. Insgesamt stellten sich hierzu neben Gauleitern und Zentralvorstandsmitgliedern 522 Kameraden freiwillig zur Verfügung. Davo 10 erreichte mit 15 Kameraden die höchste Zahl der freiwilligen Mitarbeiter. Im Gau 13 fand Kamerad Bromm nur in Kameraden Rappel, Nürnberg, Hilfe. Aus mehreren Gauen sind Berichte über die Werbetätigkeit bisher nicht eingelaufen. Die Werbetätigkeit wurde in einigen Gauen durch Aussperrungen unterbrochen und konnte daher nicht planmäßig zu Ende geführt werden.

Das Ergebnis der gesamten Werbetätigkeit ist eine sichtliche Belebung der Verbandsaktivität und, soweit sich der Erfolg in der Mitgliederzahl feststellen läßt, eine Erhöhung der Mitgliederzahl bis zum Schlusse des 2. Quartals 1925 um 9586 oder 11,88 % und der Lehrlinge um 809 oder 12,6 %. Neugewonnen wurden durch Erneuerungen, Eintritte und Uebertritte aus andern Verbänden insgesamt 16 060 Mitglieder. In der gleichen Zeit gingen dem Verbands durch Austritte, Austritte, Uebertritte zu andern Verbänden, Streichungen wegen Schulden und durch Tod 8516 Mitglieder verloren. Die Gesamtmitgliederzahl be-

trug am Schlusse des 1. Halbjahres 1925 in 964 Zahlstellen 89 800, davon 7208 Lehrlinge. An dieser Aufwärtswirkung des Mitgliederbestandes haben alle Gauen Anteil bis auf die Gauen 7 und 18, die einen Mitgliederverlust von 81 oder 3,88 % und von 414 oder 14,74 % hatten. Der Erfolg ist unter Berücksichtigung der Gesamtzahl durchaus zufriedenstellend. Unser Ziel muß aber sein, den Höchstmitgliedsbestand des Jahres 1922 wieder zu erreichen. Daran fehlen immer noch zirka 20 000 Mitglieder und 5000 Lehrlinge. Die Werbetätigkeit darf daher nicht erlahmen oder gar eingestellt werden. Sie ist im Gegenteil fortzusetzen und nach Möglichkeit zu steigern. Voraussetzung hierfür ist, daß der gewonnene größere Kreis der Mitarbeiter auch weiter in der Verbandstätigkeit Verwendung findet und dieser Kreis durch Heranziehung weiterer brauchbarer Kräfte nach Möglichkeit erweitert wird. Je mehr ehrenamtliche Kräfte planmäßig in die Verbandstätigkeit eingestellt werden, desto größer wird der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und um so größer wächst die Kraft des Verbandes nach innen und außen.

Ueber die Finanzlage des Verbandes führte Kamerad Römer folgendes aus: Die Finanzgestaltung des Verbandes erhielt durch die Beschlüsse des 23. Verbandstages zweifellos eine aussichtsreiche Grundlage. Sie wurde dadurch geschaffen, daß die Beitragsleistung auf eine Basis gestellt wurde, die eine recht baldige Gesundung der Verbandshauptkasse erwarten ließ. Trotzdem die durch den Verbandstag geschaffene gewinnversprechende Beitragsnormierung infolge der Beitragsbefreiung der Erwerbslosen eine nicht unerhebliche Beeinträchtigung erfährt, sind bereits im Vorjahre und in noch höherem Maße in diesem Jahre namhafte Beträge der Hauptkasse zugeflossen. Aber die das Verbandleben beherrschenden Umstände bewirkten eine ebenso starke Bewegung auf der Ausgabenseite, so daß der in Aussicht gestandene günstige Effekt der neuen Beitragsordnung in bezug auf die Vermögensgestaltung bis zum Jahreschluß 1924 nicht in die Erscheinung trat. Die diesjährige Finanzbewegung war in noch höherem Maße ungünstig beeinflusst durch die spontan ausgebrochenen Arbeitskämpfe, die fast das ganze Jahr hindurch die Finanzkraft des Verbandes im höchsten Maße in Anspruch nahmen. Die Anforderungen an die Verbandskasse waren so gewaltig, daß der Zentralvorstand sich leider gezwungen sah, besondere Maßnahmen zu treffen. Nur dadurch war es möglich, eine Ueberpannung der Finanzkraft des Verbandes zu verhüten, die zweifellos zu recht schlimmen Folgen geführt haben würde. Inzwischen war eine, zwar nur bescheidene Kräfteammlung möglich, die uns zur Zeit instandsetzt, neu zu disponieren. Die allgemeine Wirtschaftslage und im besonderen die Lage auf dem Baumarkt ist leider dazu angetan, unsern Blick auf die bevorstehenden Monate merklich zu trüben; eine bedeutende Erwerbslosigkeit wird voraussichtlich im kommenden Winter über das Baugewerbe hereinbrechen. Dafür müssen wir unter allen Umständen eine beträchtliche Summe in Rechnung stellen. Inwieweit im übrigen im Laufe des Winters oder des nächsten Frühjahrs die Finanzkraft des Verbandes in Anspruch genommen werden wird, steht noch dahin; auf alle Fälle haben wir aber so zu disponieren, daß wir etwaigen Ueberraschungen auf dem Gebiete unserer Lohnbewegungen nicht vollkommen finanzlosmächtig gegenüberstehen. Diese Erwägung zwingt uns, den bevorstehenden Hauptausgaben zweig vorsichtig zu beschneiden, damit dessen Auswüchse den Verbandsfinanzen nicht etwa vollkommen die Kraft entziehen und damit zum kommenden Frühjahr die Aktionsfähigkeit des Verbandes lahmlegen. Solches zu verhüten, wird Aufgabe der Konferenz sein. Nur unter strenger Beobachtung solcher Erwägungen können wir das Vertrauen zu der Finanzlage des Verbandes erhalten.

Punkt 1 und 2 wurden zusammen diskutiert. In der Aussprache wurden die durch die Frühjahrsvorbereitung erzielten Fortschritte begrüßt; ebenfalls die Zunahme des Verbandsvermögens. Eine erhebliche Entnahme aus noch ausstehenden Streifenbeiträgen werde unsere Finanzen noch weiter stärken. Unsere Werberwerbungen seien durchweg gut besucht gewesen. Beobachterweise stellten sich nicht genug Kameraden für die Agitation zur Verfügung. Von mehreren Gauen wurde Klage geführt über eine unfaire Agitation anderer Verbände unter unsern Mitgliedern, vornehmlich des Deutschen Baugewerksbundes. In einem Falle habe ein Angestellter des Baugewerksbundes versucht, eine Zahlstelle unseres Verbandes zu seinem Bunde hinüberzuführen. Dabei würden gegen unsern Verband völlig unmotiviert Anschuldigungen erhoben. Gegen ein derartiges Vorgehen müßten wir uns entschieden wehren und uns mit allen Kräften für unsere Selbsterhaltung einsetzen. Gegen Uebergriffe anderer Verbände müßten die gewerkschaftlichen Instanzen in Anspruch genommen werden. Die in den Referaten aufgezeigten Schwierigkeiten, die sich ganz allgemein der Durchführung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben entgegenstellen, wurden in der Aussprache noch unterstrichen und betont, daß nur in gemeinsamer, einheitlicher und planmäßiger Arbeit ein weiteres Vordringen unserer Organisation garantiert sei. Vom Zentralvorstand wurden wirksame Hilfe in jeder Beziehung zugesagt und die Konferenzteilnehmer aufgefordert, auch ihrerseits alles zu tun und nichts zu unterlassen, was der Stärkung unserer Organisation, der Aufbesserung unserer Finanzen zu dienen geeignet sei. Dann werde auch in Zukunft auf weitere Erfolge zu rechnen sein.

Das Thema „Wirtschaft und Baumarkt“ behandelte Kamerad Sauer. In seinen Ausführungen schilderte er den Einfluß der Wirtschaft, die heute zu einem wesentlichen Faktor im öffentlichen Leben geworden sei. Auch die Gewerkschaften müßten den Fragen der Wirtschaft erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Eine Wandlung sei auf diesem Gebiete im Vergleich zur Vorkriegszeit schon eingetreten; denn im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Kongresse und Tagungen ständen die Fragen der Wirtschaft. Wenn ehemals der Wille des Königs höchstes Gesetz gewesen, so entscheide heute die Wirtschaft über das Wohl und Wehe der Nation. Auf weltwirtschaftlichem Gebiete sei eine gewaltige Umstellung im letzten Jahrzehnt erfolgt. Amerika sei aus dem industriellen Wettstreit der Nationen als Sieger hervorgegangen und habe besonders auf industriellem und produktionsstechnischem Gebiete einen bedeutenden Vorsprung erlangt. Im Weste ungeheurer Reichtum und Hilfsstoffe sowie durch die vollkommene Technisierung seiner Wirtschaft sei es in der Lage gewesen, ungeheure Reich-

tümer innerhalb ganz kurzer Frist anzuhäufeln. An Hand von Zahlenmaterial zeigte er den Anteil Amerikas an der Weltproduktion und die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft. Die Wirtschaftskrise, unter der Europa gegenwärtig leide, könne nicht als eine temporäre, sondern müsse vielmehr als eine permanente Folge des Krieges bezeichnet werden. Große Gebiete des Weltmarktes, die in der Vorkriegszeit für den europäischen Markt in Frage kamen, seien durch die Industrialisierung jener Länder für dauernd verlorengegangen. Die südafrikanische Staatenunion, ferner Indien, Kanada und Japan seien zum Teil von Importländern zu Exportländern geworden, die die wirtschaftlichen Erzeugnisse ihrer Länder auf den Weltmarkt bringen und im schärfsten Wettbewerb mit den alten Industriestaaten ständen. Überall werde eine Intensivierung der Wirtschaft erstrebt und die Teilung der Arbeit bis ins kleinste durchgeführt. Taylorismus und Fordismus, das seien die Produktionsformen, mit denen sich auch die deutsche Wirtschaft beschäftige. Hier müßten wir als Gewerkschaften, den Weg der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie beschreitend, versuchen, Einfluß zu gewinnen auf die Gestaltung der Wirtschaft und auf den Produktionsprozeß. Die deutsche Wirtschaft befände sich in einem Prozeß der Vereinigung und der Gesundung, der sich allerdings nicht mit der nötigen Schnelligkeit vollziehe. Der Anteil der unproduktiven Kräfte an der Produktion sei zu groß und die Wirtschaft stark überseht. Gegenwärtig vollziehe sich ein Kampf um die Beherrschung der Wirtschaft, der zwischen Industrie- und Finanzkapital ausgefochten werde. Das Finanzkapital versuche, seine alte Stellung in der Wirtschaft wieder zurückzuerobieren. Der Fall Edmund Stinnes zeige, mit welchen Mitteln der Kampf geführt werde.

Die Verhältnisse auf dem Baumarkt müßten noch immer als unbefriedigend angesehen werden. Die Bautätigkeit habe noch lange nicht den Friedensstand erreicht; denn der Zugang an Wohnungen habe durch die Erstellung von Neubauten im vergangenen Jahre nur 40 % im Vergleich zur Vorkriegszeit betragen. Durch das Finanzausgleichsgesetz vom 10. August 1925 würden wohl einige Mittel zur Verfügung stehen, die aber völlig unzulänglich seien, um die Bautätigkeit so zu beleben, wie das in der Vorkriegszeit der Fall war. Der Beschäftigungsgrad könne als normal bezeichnet werden; die Erwerbslosenziffern seien etwas günstiger als im Durchschnitt der Vorkriegszeit. Auch im Baugewerbe mache sich die Uebersetzung bemerkbar. Die Zahl der Neugründungen von Baugesellschaften habe stark zugenommen, besonders im letzten Jahre, und die Zahl der Konkurse im Baugewerbe sei im Vergleich zu andern Industrien eine sehr geringe. Die veränderte Form der Wirtschaft stelle auch den Gewerkschaften neue Aufgaben. Das Zeitalter der Negation und des nur Oppositionellen sei vorüber, die Zeit der konstruktiven Betätigung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben sei auch für die Gewerkschaften gekommen.

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Kamerad Götze berichtete über „Unsere Lohnbewegungen“. Er schilderte, wie die politischen Ereignisse, vor allen Dingen der Ausfall der Wahlen, auch das Unternehmertum in Deutschland gestärkt habe. Die Regierung sei schon immer die beste Interessenvertretung der Unternehmer gewesen. Die Vorgänge, die sich kürzlich im Reichsarbeitsministerium abgespielt hätten, müßten uns zu denken geben. Von Seiten der Regierung wurde alles versucht, die Löhne der Arbeiterschaft so niedrig wie möglich zu halten. Ein Beweis dafür sei der unter dem Einfluß des Arbeitsministeriums am 14. August gefällte Schiedsspruch. Die Unternehmer hätten nur immer ihre eigenen Interessen im Auge, die Belange der Allgemeinheit seien ihnen gleichgültig. Auch bei den letzten bezirklichen Verhandlungen hätten die Unternehmer, die Interessen der Allgemeinheit außer acht lassend, beschloffen, die Bauarbeiter auszusperrern, die sich ihrem Diktat nicht fügen wollten. Jede weitere bezirkliche Verhandlung wurde von ihnen abgelehnt, ja, man stellte an die Gewerkschaften die Forderung, sie sollten Abstand nehmen von ihren in den einzelnen Bezirken gestellten Forderungen, andernfalls sie den am 29. Juli in Hannover gefassten Beschluß, die gesamte Bauarbeiterschaft auszusperrern, verwirklichen wollten. In keinem Bezirk konnte eine Einigung erzielt werden, die Unternehmer lehnten alles ab. So wurden dann die Parteien am 10. August auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums zu Verhandlungen nach Berlin geladen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die unter dem Vorsitz von Dr. Meves geführt wurden, war eine Vereinbarung, daß über die Streitfragen vom 12. August an verhandelt und ein Gesamtschiedsspruch gefällt werden sollte. Ausgesprochen war in dieser Vereinbarung, daß die Unternehmer ihre Kampfmaßnahmen einstellen sollten. Am 14. August sei dann der bekannte Hanschmann-Schiedsspruch zustande gekommen, der von den Arbeiterorganisationen abgelehnt worden sei. Die Unternehmer hätten dann die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches verlangt, und das Reichsarbeitsministerium habe die Parteien zu neuen Verhandlungen am 27. August geladen. Bei diesen Verhandlungen sei es gelungen, den bestehenden Schiedsspruch umzuändern und zum Teil wesentlich zu verbessern. Die mehrwöchigen Kämpfe im Baugewerbe konnten dadurch beendet werden.

Nachdem die Arbeit wieder aufgenommen war, setzte in einzelnen Zahlstellen die Kritik an der Vereinbarung ein. Einzelne Zahlstellen vertraten die Ansicht, der Kampf sei zu früh abgebrochen worden und der Beschluß der Unternehmer, auszusperrern, sei nicht ernst zu nehmen gewesen. Es dürfe jedoch nicht verkannt werden, daß hinter den Beschluß der Unternehmer die Regierung und weiter die gesamte Industrie stand, die den Unternehmern jede Hilfe und Unterstützung zuteil werden ließ. Den Gewerkschaften hätte eine Finanzierung der Kämpfe große Schwierigkeiten bereitet, und die Folgen für die Organisation wären jedenfalls bedenklich gewesen. Auch die Wirtschaftslage, besonders des Baugewerbes, habe Veranlassung zur Zustimmung zu der Vereinbarung gegeben. Die Bautätigkeit sei merklich zurückgegangen. Die Leistung der Extrabeiträge sei nicht in dem Maße erfolgt, wie das nach Lage der Dinge nötig gewesen wäre. Ein großer Teil unserer Kameraden habe den Ernst der Situation damals nicht erkannt. Nennenswerte Hilfe von außen hätten wir nicht zu erwarten gehabt; unser alter Grundsatz, die Kämpfe aus

eigenen Mitteln zu finanzieren, habe sich auch dieses Mal als richtig erwiesen. Daß man auf öffentliche Sammlungen nicht rechnen könne, hätte sich in Berlin gezeigt; die „Rote Fahne“ habe über insgesamt 16 000 M. quittiert. Die Unternehmer versuchten alles, um einheitliche Wblaufstermine der Lohnabkommen zu erreichen, und weiter gingen ihre Bestrebungen dahin, die Löhne in Zukunft nur noch zentral zu regeln. Dem widersetzen wir uns, weil bei einer zentralen Regelung die örtlichen und bezirklichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt und alles zu stark schematisiert würde. Ein Jahr harter Kämpfe liege hinter uns. Es sei uns in diesem Jahre gelungen, die Löhne um durchschnittlich 25 % die Stunde zu erhöhen, und auch der Achtstundentag konnte fast restlos gehalten werden. Die Ausgaben für die Lohnkämpfe in diesem Jahre betrugen 1 962 811 M. Die Kameraden hätten allerorts große Opfer gebracht. In nächster Zeit dürften wahrscheinlich zentrale Verhandlungen über den Reichstarif ihren Anfang nehmen. Ihr Verlauf sei ungewiß, doch könne angenommen werden, daß im Brennpunkt erneut die Arbeitszeitfrage stehen werde. Wir müßten uns jedenfalls auf starke Widerstände gefaßt machen und die größten Kraftanstrengungen aufbringen, ihrer nach Möglichkeit Herr zu werden. Wenn alle Instanzen des Verbandes zusammenwirken und die Verbandsatzungen in allen Fällen Beachtung finden, würden wir auch in Zukunft mit allen Schwierigkeiten fertig werden.

Ueber diesen Punkt setzte eine lebhaftige Aussprache ein, die sich nicht auf die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe dieses Jahres sowie auf die August-Vereinbarung beschränkte, sondern auch auf unsere Stellungnahme zu den bevorstehenden zentralen Verhandlungen über den Reichstarifvertrag ausdehnte. Bezüglich der Lohnbewegungen wurde die Meinung geäußert, daß sie von vornherein hätten begrenzt werden müssen. An der August-Vereinbarung wurde Kritik geübt, weil sie über die derzeitigen Kampfgebiete hinaus alle bis 31. Oktober streitigwerdenden Bezirke zu regeln bestrebt sei. Demgegenüber wurde von andern Rednern betont, daß die August-Vereinbarung ein bringendes Gebot der Stunde gewesen und daß sie nicht nur im Interesse der kämpfenden Bezirke, sondern des gesamten Verbandes gelegen habe. Weiter wurde berichtet, daß Funktionäre des Baugewerksbundes draußen im Lande das Gerücht verbreiteten, die Zustimmung zu der Vereinbarung sei unter ganz besonderem Druck der Zimmerervertreter erfolgt, weil angeblich unser Verband am Ende seiner Kraft angelangt sei. Von den Verhandlungsteilnehmern wurde eine eingehende Darstellung von dem Zustandekommen der Vereinbarung gegeben. Hierbei wurde auch darauf hingewiesen, daß in seiner Eröffnungsrede zum Breslauer Gewerkschaftskongreß Theodor Geipart unter allgemeiner Zustimmung des Kongresses, einschließlich der Delegierten des Baugewerksbundes, seiner Freude über die erfolgreiche Beendigung der Kämpfe im Baugewerbe, durch die eine allgemeine Aussperrung verhindert worden sei, Ausdruck gegeben habe, wobei Leipzig sich anerkennend aussprach über die kluge und weitschauende Taktik der Führer der baugewerblichen Arbeiterverbände. Es wurde hierzu aber auch ausgeführt, daß ja bereits im Juli ein Rundschreiben des Vorstandes des Baugewerksbundes durch die Unternehmensexpressen gegangen sei, worauf auf die ungünstige Finanzlage des Bundes hingewiesen und mitgeteilt worden sei, daß Streiks nicht mehr genehmigt würden. Danach habe es hinsichtlich der Finanzen mit dem Baugewerksbund nicht besser ausgesehen als mit unserm Verband. Solche Behauptungen einzelner Funktionäre des Baugewerksbundes müßten deshalb energisch zurückgewiesen werden; sie würden in die Welt gesetzt zu einem ganz bestimmten Zweck. Im Vordergrund der Aussprache standen jedoch die den Reichstarifvertrag berührenden Fragen der Arbeitszeit sowie die von den Unternehmern angestrebte zentrale Lohnregelung für das gesamte Vertragsgebiet. Nach Abschluß der Aussprache und einem Schlußwort des Referenten erklärte die Konferenz einstimmig ihr Einverständnis zu der August-Vereinbarung; sie sprach die Bereitwilligkeit aus zur Teilnahme unseres Verbandes an den bevorstehenden Reichstarifverhandlungen. Jeder über den Achtstundentag hinausgehenden Verlängerung der Arbeitszeit sei mit Entschiedenheit entgegenzutreten und eine zentrale Lohnregelung für das gesamte Vertragsgebiet abzulehnen.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Referat des Kameraden Römer über: „Unsere Unterstühtungseinrichtungen“. Er führte etwa folgendes aus: Die Erwerbslosenunterstützung ist nächst der Unterstützung bei Lohnkämpfen die bedeutendste Unterstützungseinrichtung des Verbandes. Nachdem sie durch die Inflation das Schicksal sonstiger Unterstützungseinrichtungen geteilt hatte, nahm der letzte Verbandstag aufs neue Stellung zu ihr und beschloß fast einmütig ihre Wiedereinführung. Inmitten der Lohnkämpfe war der Verbandstag vorsichtig genug, den Termin des Inkrafttretens der Erwerbslosenunterstützung zu verschieben auf den 1. Juli 1925, wenn nicht ganz besonders günstige Umstände ein gar noch früheres Inkrafttreten gestatten sollten. Die vielfältigen Tarifabschlußtermine und die in Aussicht stehenden Lohnbewegungen ließen es nicht zu, von der letztgenannten Eventualbestimmung Gebrauch zu machen; andererseits war dem Zentralvorstande die Aufgabe übertragen, die Uebergangsbestimmungen unter Bezugnahme auf die neue Beitragsleistung, Anrechnung früherer Beitragsleistungen usw. zu formulieren. Letzteres ist geschehen und sind die neuformulierten Grundsätze wie solche in einer im März stattgefundenen Konferenz der Zentralinstanzen aufgestellt und beschloffen worden sind, im „Zimmerer“ Nr. 12 bekanntgegeben. Die Zentralinstanzen waren sich des Wagnisses bewußt, das darin bestand, daß man durch die aufgestellten Berechnungsgrundsätze eine Wiederaufhebung früherer Leistungen gestattete, wofür die finanzielle Unterlage durch die Inflation hinweggefegt worden war. Das finanzielle Fundament für diesen großen Zweig der Erwerbslosenunterstützung mußte erst neu geschaffen werden. Man schöpfte die Zuerst, dieses zu bewerkstelligen, aus der Tatsache unserer immerhin günstigen Beitragsneuordnung. Inzwischen setzten aber dann bereits im Monat Juni und später in immer höherem Maße Arbeitskämpfe mit nachfolgenden Ausperrungen ein, die unsere finanzielle Dispositionsbasis merklich verschoben haben. In einem ungeahnten Ausmaße sind durch die umfangreichen Ausperrungen die Verbandsmittel in Anspruch genommen worden.

Der Zentralvorstand wurde durch diese Umstände gedrängt, unter Bezugnahme auf die bevorstehende Erwerbslosenperiode nunmehr einen Ueberschlag zu machen, ob und wie die Zentralkasse in der Lage sein wird, den diesbezüglichen Anforderungen gerecht werden zu können, ohne ihre Finanzkraft so zu schwächen, daß der Verband im kommenden Frühjahr finanziell lahmgelegt sein würde. Ueber die Finanzlage des Verbandes ist bereits Näheres gesagt worden. Es bliebe übrig, kalkulationsweise die durch die Erwerbslosenunterstützung voraussichtlich in den Wintermonaten erwachsenden Ausgaben überschlägig festzustellen. Die Handhabe bietet uns hierzu die Statistik der letzten Jahre und der Vorkriegsjahre über die ermittelte Erwerbslosigkeit unter unsern Mitgliedern. Sie war allerdings sehr verschieden, dennoch bieten uns die ermittelten Ziffern eine Kalkulationsunterlage. Berechnungen in dieser Beziehung ergeben, daß wir vorsichtigerweise für die 5 Monate November bis einschließlich März nächsten Jahres mit einer Ausgabe von rund 900 000 M rechnen müssen. Selbst, wenn diese Summe allgünstigsten Falles wider Erwarten nicht erreicht werden sollte, so wird sie aber sicher den Betrag übersteigen, den gegenwärtig das Zentralkassenvermögen aufweist. Wenn aber von den Einnahmen des 4. und 1. Quartals außer den sonstigen Aufwendungen noch ein Betrag von über 100 000 M abgerechnet werden müßte, um die Ausgabe für die Erwerbslosenunterstützung decken zu können, dann würde für die Frühjahrsaufgaben zweifelsohne nur ein Vermögensbestand übrig bleiben, der als nennenswerter Stärkelfaktor kaum noch angesprochen werden könnte. Was ist unter diesen Umständen zu tun? Es bleibt nach Befund der Zentralinstanzen tatsächlich weiter nichts übrig, als die Unterstüßungsgrundlage vericherungstechnisch zu stabilisieren, und zwar in der Weise, daß wir die gegenwärtig gültige Unterstüßungsflata, die nach Leistung von 28 Beiträgen neuer Art eintritt beziehungsweise eingetreten ist, als die vorläufig maßgebende Unterstüßungsgrundlage festlegen. Mit dieser Maßnahme werden wir allerdings immerhin noch nicht verhüten können, daß der beregte Unterstüßungszweig einen gewaltigen Aufzehrungsprozeß an unserm Verbandsvermögen und an den noch aufkommenden Beitragsverträgen verüben wird. Dieses zu verhüten, würde nur möglich sein, wenn wir von der Erwerbslosenunterstützung überhaupt entbunden wären. Da wir das aber nicht sind, sondern uns die Verbandsstatuten zur Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung verpflichten, muß der dafür voraussichtlich erforderliche Beitrag in Rechnung gestellt werden. Dieser Unterstüßungszweig ist für den Verband ein Mittel zum Zweck, dessen sich der Verband nicht entziehen kann und will; die Erwerbslosenunterstützung ist für uns ein Agitationsmittel sowohl als ein Faktor, der den Verband über manche Mißliebigkeit hinweghilft. Daher betrachten es auch die Zentralinstanzen als eine dringende Notwendigkeit, diesen Unterstüßungszweig zu halten; aber die Aufwendungen dieser Art dürfen unter keinen Umständen die finanzielle Aktionsfähigkeit des Verbandes lahmlegen. Das zu verhüten, soll der Beschluß der Zentralinstanzen bewirken; dieser geht dahin, daß weitere Staffeln der Unterstüßungsflata, außer der bereits in Wirksamkeit stehenden, vorderhand nicht in Kraft treten. Ebenso kann vorderhand noch nicht die volle Streifenunterstützung in Anwendung kommen, sondern es muß bei 80 % der statutarischen Unterstüßungsnormen sein Bewenden haben. Für die Sterbeunterstützung werden Uebergangs- und Sicherungsbestimmungen in Vorschlag gebracht, die sich nur auf die Frage der Beitragsleistung neuer Art in Verbindung mit den früheren Leistungen beziehen. Mit diesen Maßnahmen glauben die Zentralinstanzen die sich eventuell bietenden zukünftigen Finanzschwierigkeiten überwinden zu können.

Die Vorschläge der Zentralinstanzen wurden nach kurzer Aussprache angenommen.

Ueber „Unsere Aufklärungs- und Bildungsarbeit“ sprach Kamerad Wolgast. Unter den zahlreichen, schwierigen Problemen, nach deren Lösung die Arbeiterbewegung trachtet, steht, so führte Redner aus, mit an erster Stelle das Problem der Arbeiterbildung. Bildungsarbeit habe die Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen betrieben; die Methoden seien immer mehr den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt worden. Nicht immer habe der Erfolg den Aufwand entprochen. Allmählich aber sei der Drang nach Bildung und Wissen stärker, die Beteiligung an den Bildungsveranstaltungen reger geworden. Für die Arbeiterbewegung war das von großem Vorteil; aus der Breite ging sie nunmehr auch in die Tiefe, wodurch sie an innerer Kraft und Stärke, zugleich auch an Einfluß nach außen gewann. Aus der in den ersten Jahrzehnten zumeist gemeinsam von Partei und Gewerkschaften betriebenen Bildungsarbeit sei nach und nach eine selbständige gewerkschaftliche Bildungsarbeit entstanden, die den Bedürfnissen der Gewerkschaften angepaßt wurde. In der Nachkriegszeit trat die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Bildungseinrichtungen noch schärfer in Erscheinung, zumal der Umkreis gewerkschaftlichen Wirkens gewaltig gewachsen war und die Arbeiterkraft, nachdem ihr ein starker Einfluß auf den politischen Ueberbau des Gesellschaftslebens zugefallen, den Drang in sich verspürte, auch bei der Gestaltung der materiellen Grundlagen desselben mitzuwirken. Diese Tätigkeit aber, die „funktionelle Demokratie“ in der Produktion, forderte man von der praktischen Arbeit der Gewerkschaften. Redner zeichnete in knappen Strichen ein Bild des schwierigen Arbeitsgebietes der Gewerkschaften. Die Schwierigkeiten würden noch dadurch gesteigert, daß jeder Erfolg oder Mißerfolg die Mitglieder der Gewerkschaften unmittelbar treffe; denn die gewerkschaftliche Aktion fordere von ihren Mitgliedern die Bereitschaft, ihre Arbeitsstelle, ja ihre Existenz zu opfern. Das habe zur Voraussetzung, daß bei den Mitgliedern die notwendige Einsicht in die sozialen und wirtschaftlichen Zustände und Zusammenhänge geweckt werde, was nur durch eine gute und gediegene Aufklärungs- und Bildungsarbeit geschehen könne. Für die Gewerkschaften sei die Bildungsarbeit auch deswegen von so großer Bedeutung, weil sie die gegebenen Kulturträger für die Arbeiterkraft seien, und ferner, um die gewerkschaftliche Disziplin wieder fest zu gründen auf der Erkenntnis der Zusammenhänge der Arbeiterfrage mit der Gesamtwirtschaft. Redner zählte sodann die vor-

handenen Bildungsinstitute auf, die den Gewerkschaften nutzbar gemacht werden können: die Heimvolkshochschule Litz, die Wirtschaftsschulen Berlin und Düsseldorf, die Akademie der Arbeit, Frankfurt a. M. Das gewerkschaftliche Bildungsweesen sei in finanzieller Hinsicht auf eine festere Basis gestellt durch die Einführung von Pflichtbeiträgen durch den ADGB, wodurch es auch den kleineren Verbänden möglich gemacht werde, die Bildungsanstalten zu besichtigen. Für die Bewerber zu den genannten Kurzen habe der Zentralvorstand Richtlinien aufgestellt, die in Nummer 38 des „Zimmerer“ veröffentlicht sind. Eine Anzahl von Bewerbungen sei bereits eingegangen. Neben diesen Bildungsinstituten müßten auch alle örtlichen Bildungseinrichtungen nutzbar gemacht werden; denn die Gewerkschaften benötigten eine große Anzahl von Funktionären, angestellte wie ehrenamtliche; diese aber seien eine ebenso notwendige wie starke Stütze der Gewerkschaften. Neben den Funktionären aller Art müsse aber auch die gesamte Mitgliedschaft von unserer Bildungsarbeit erfaßt werden durch Versammlungen und sonstige bildende Veranstaltungen. Der Zentralvorstand beabsichtige, diese Arbeit durch die Herausgabe von Vortragmaterial auf das Beste zu unterstützen. In den Dienst dieser Aufklärungsarbeit könne auch das Lichtbild gestellt werden, wobei natürlich größte Sorgfalt auf die Auswahl des Stoffes zu verwenden sei. Ein besonderes Kapitel sei die Bildungsarbeit unter den Jugendlichen. Auch in dieser Hinsicht seien vom Vorstand Richtlinien aufgestellt worden, die vom Redner einer kurzen Besprechung unterzogen wurden. In den Veranstaltungen der Jugendlichen, woran Eltern und erwachsene Mitglieder teilnehmen könnten, könne ebenfalls das Lichtbild gute Dienste leisten. Um den Jugendabteilungen eine gewisse Selbständigkeit einzuräumen, dürfte sich ein Inverbindungtreten benachbarter Abteilungen empfehlen, sowie Jugendtage in den Bezirken, eventuell gelegentlich auch ein Reichsjugendtag. Redner resümierte am Schlusse: Wir haben nicht nur für den nötigen Führerersatz zu sorgen, sondern auch für eine ausreichende Zahl von tüchtigen Funktionären und ebenso für die Hebung der Allgemeinbildung unserer Mitglieder. Und endlich haben wir uns mit ganz besonderer Sorgfalt der Pflege und Förderung unserer Jugend anzunehmen. Wir kommen damit einer selbstverständlichen Pflicht nach und leisten unserm Zentralverbande gute Dienste; denn: Wissen ist Macht nicht nur — Wissen ist Pflicht!

Die Aussprache bewegte sich im zustimmenden Sinne. Mehr als bisher müsse für Aufklärung und für Beschaffung von geeignetem Material gesorgt werden. Auch unsere Abrechnungen sollten wieder mehr agitatorisch ausgewertet werden; aus ihnen lasse sich schlüssig beweisen, was unser Verband für die Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder aufgewendet habe, und daß wir Vergleiche mit andern Verbänden gut aushalten könnten. Bei der Aufklärungsarbeit sei darauf zu sehen, daß unsere Mitglieder, die älteren wie die jüngeren, mehr mit der Geschichte und Tradition unseres Verbandes vertraut gemacht würden; darüber herrsche in weiten Kreisen größte Unkenntnis. Wie die Aussprache zeigte, bestehen in einzelnen Bahnhöfen vorbildliche Einrichtungen für unsere Jugendabteilungen; ihnen muß nachgeeifert werden. Angeregt wurde noch die Abhaltung von Jugendleiterkonferenzen, die in praktischer Hinsicht vielleicht guten Erfolg versprächen. Die Konferenz war sich darin einig, daß auf dem Gebiete der Aufklärungs- und Bildungsarbeit alles nur Erdenkliche getan werden müsse. Die Bereitwilligkeit des Zentralvorstandes hierzu wurde vom Referenten in einem kurzen Schlusssatz ausgesprochen.

Im letzten Punkt der Tagesordnung gab Kamerad Schönfelder eine Uebersicht über die Arbeiten des Breslauer Gewerkschaftskongresses. Ausführlicher verweilte er bei der Erörterung der Organisationsfrage, wobei er auf die vom Kongreß gefasste Entschlieung einging und die Gründe darlegte, die unsere Delegation bestimmten, der Entschlieung ihre Zustimmung zu geben. Die Entschlieung stelle ein Kompromiß dar, bei dessen Zustandekommen allerdings die Vertreter der Berufsverbände ein Opfer gebracht hätten durch Anerkennung der Notwendigkeit der Förderung der Industrieorganisation. Der Zwang jedoch, mit dem Diktator, Raeplow und Genossen diese Organisationsform herbeiführen wollten, sei durch die Entschlieung ausgeschaltet; der Zusammenschluß solle sich freiwillig vollziehen, jede Organisation habe darüber selbständig zu entscheiden und nach wie vor habe nach den Satzungen des ADGB, jede dem Bunde angeschlossene Gewerkschaft den gleichen Anspruch auf den Schutz und die Hilfe des Bundes. Unter diesen Bedingungen, und weil es in erster Linie galt, die Absichten der Diktator und Genossen zu verhindern und die Einheit des ADGB zu wahren, habe die Delegation unseres Verbandes für die Entschlieung gestimmt. Wenn in jüngerer Zeit, worauf schon in der gestrigen Aussprache wiederholt hingewiesen worden sei, der Baugewerksbund widerrechtlich in unser Organisationsgebiet einbräche, so erfordere ein solches Vorgehen schärfste Abwehr. Wir haben ein Recht, zu verlangen, daß man auch unsern Standpunkt achte, und wir würden ihm, falls das nicht geschehe, mit dem gebührenden Nachdruck Anerkennung zu verschaffen wissen. — Die Konferenz anerkannte die Arbeiten des Kongresses, sie billigte auch die Stellung unserer Delegation in der Organisationsfrage und forderte vom Zentralvorstand, daß er widerrechtliche Eingriffe anderer Verbände in unser Organisationsgebiet schärfstens zurückweise.

Die Konferenz nahm sodann noch Mitteilungen entgegen über die vom Zentralvorstand beschlossene Verpflichtungsmarke für 1925. Die Marken würden den Gauleitern zugesandt. Die Gauleiter sollen die Bücher aus den Bahnhöfen einziehen und, sofern sie in Ordnung sind, die Verpflichtungsmarke in das Buch kleben. Alle Kameraden müssen schnellstens ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Streifondsbeiträge nachkommen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. In einer kurzen Schlußansprache gab Kamerad Schönfelder der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr draußen im Lande im Sinne der hier erfolgten Aussprache die Verbandsarbeit weitergeführt werde, damit unsere Organisation bald wieder ihre alte Stärke erreiche und damit auch den Aufgaben und Kämpfen der Zukunft in Ruhe entgegensehen könne.

Der Frieden von Locarno.

Die Konferenz von Locarno ist vorüber. Sie schloß mit einer eindrucksvollen Rundgebung der beteiligten Staatsminister. Wenn man den salbungsvollen Berichten von der Schlusssitzung Glauben schenken darf, fand eine förmliche Verbrüderung der anwesenden Staatsmänner statt. Wie dem auch sei: in die sonst fast undurchdringlich erscheinende Mauer von Versailles wurde Breche gelegt. Die Gedanken der Vernunft und damit der wirtschaftlichen und politischen Verständigung können herüber und hinüber fluten, ohne von dem dichtgedrängten Stachelkraut harter Paragraphen behindert zu werden. Der nun über 11 Jahre dauernde Krieg ist wenigstens de facto beendet. Nun kann es an die Arbeit gehen, das Werk von Locarno fortzuführen, die wirtschaftlichen Verhältnisse erträglich für alle Menschen zu gestalten.

Vor allem das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich! Hier waren jahrhundertlang nationalstolische Hecker am Werke, um immer wieder tiefe Gegensätze zwischen den beiden Nationen künstlich hervorzurufen. In kürzeren oder längeren Zwischenräumen wurden die Heere beider Länder in Marsch gesetzt, um gegeneinander zu marschieren, um Blut fließen zu lassen. Ein tiefer Haß blieb nach einem jeden mühselig erreichten Frieden zurück. Die Menschheit wurde immer um Jahrzehnte zurückgeworfen. Und nun Locarno! Dort konnte man folgende Worte des französischen Außenministers Briand hören:

„Wenn diese Urkunde nicht einem neuen Geist entsprang, wenn sie nicht das Wesen einer neuen Ära des Vertrauens und der Zusammenarbeit darstellt, so wird sie nicht die große Wirkung haben, die wir von ihr erwarten. Von Locarno aus muß ein neues Europa entstehen. Ich bin gewiß, daß Frankreich die ganze Tragweite dieses Paktes erfaßt, und daß es alles tun wird, damit zwischen uns ein Gefühl der Befriedigung und der Entspannung hervorsteht. Wenn die noch zu lösenden Fragen erledigt sind, können wir auf allen Gebieten gemeinsam arbeiten, um das Ideal eines Europa zu verwirklichen, das seine Bestimmung erfüllt, indem es allem treu bleibt, was seine Vergangenheit an Zivilisation und seelischem Gut darstellt. Ich hoffe, daß unsere beiden Völker die Wohltaten dieser Politik bald fühlen werden.“

Andere Worte hätte der große Sozialist Laurés auch nicht sprechen können, als er 1912 in Berlin reden sollte, ihm aber jedes Neben von einer kurzzeitigen deutschen Regierung verboten wurde. Und nun tritt ein deutscher Minister, Stresemann, in Locarno auf und erklärt im Namen einer Regierung, in der die Deutschnationalen, die patentierten Hüter des kaiserlichen Deutschlands, als ausschlaggebende Partei sitzen, folgendes: „Aufrichtig und freudig begrüßen wir die große Entwicklung des europäischen Friedensgedankens, die von dieser Zusammenkunft in Locarno ihren Ausgang nimmt, und wo der Vertrag von Locarno einen wichtigen Markstein in der Geschichte der Weiterentwicklung der Staaten und Völker zueinander ausmachen soll. . . . So wichtig die Abmachungen von Locarno sind, so werden die Verträge doch nur dann ihre tiefe Bedeutung in der Entwicklung der Nationen behalten, wenn Locarno nicht das Ende, sondern den Anfang einer Periode vertrauensvollen Zusammenlebens der Nationen sein wird.“ Das sagt ein volksparteilicher Minister eines Landes, in dem Rathenau, Erzberger, Hugo Haase und andere ermordet wurden, weil sie ähnliche Gedanken schon früher äußerten. In der Tat eine eigentümliche Entwicklung! Doch genug der Betrachtungen über Vergangenes. Die Gegenwart und Zukunft steht interessessessend vor der Tür.

So groß und gewaltig der Fortschritt von Locarno an sich ist, so große Aufgaben harren der Arbeiterklasse in der Zukunft. Eine ungeheure technische Entwicklung hat in den letzten Jahren ihren Siegeslauf begonnen. Die Völker werden durch schnellen Verkehr eng aneinandergedrückt. Entfernungen werden spielend überwunden. Und nun werden auch noch die künstlichen Grenzen, jener große Mühsinn kapitalistischer Staatenbildung, wenigstens zu einem Teil niedergelegt. Die Bahn wird frei zur Auswirkung großer Probleme internationaler Arbeitsteilung. Es vollzieht sich hier ein ähnlicher Entwicklungsgang, wie er sich in der Einigung Deutschlands von der Gründung des Zollvereins im Jahre 1834 bis in die Gegenwart vollzogen hat. Nur geht dies alles auf großer Basis, vorläufig eines Erdteiles, vor sich. Soll die Arbeiterklasse wieder nur Zuschauer im großen Raume des Weltgeschehens sein? Oder sollen wir nicht den Versuch machen, die Weltgeschichte etwas nach unserm Sinnen und Trachten zu lenken, ein Zeitalter der Harmonie und des sozialen Friedens herbeizuführen?

In der Tat treten große Probleme an uns heran, die der Erledigung harren. Die Arbeiterklasse, als der größte Teil der Menschheit, darf nie und nimmer wieder nur Objekt der Geschichte sein, sondern muß den Versuch machen, als Subjekt führend und richtunggebend einzugreifen. Das sollte der tiefere Sinn unserer Gedanken sein, die wir an Locarno knüpfen. Die Vertreter kapitalistischer Regierungen haben sich vertragen, sie haben den Schwur des ewigen Friedens abgelegt. Doch deren Abmachungen bekommen nur Blut und Leben, wenn die international gerichtete Arbeiterklasse als Dränger und Mahner, als Machtfaktor aus eigener Kraft dahinter steht. In ihrem tieferen Sinne sind die Verträge von Locarno Wegbereiter eines neuen Zeitalters der Weltwirtschaft. Und hier gibt es neben dem Kapital nur eine Kraft, die etwas zu bedeuten hat: das sind die Gewerkschaften. Sie werden hinfür national in ihrem Lande und international in ihrer Gesamtheit dafür zu wirken haben, daß die Arbeit und alle Fragen, die mit ihr zusammenhängen, den kategorischen Imperativ der neuen Zeit bilden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Achtung, Kassierer!

Nachdem eine am 23. und 24. Oktober in Hamburg stattgefundene Konferenz der Zentralinstanzen mit den Gauleitern sich eingehend über die gegenwärtige Situation des Verbandes informiert hat, wurde auch Stellung zu

unsern Unterstutzungs-Einrichtungen genommen und folgende Beschlusse gefast:

Die Erwerblosenniederlegung

wird nur an solche erwerblos gewordene Mitglieder gezahlt, die neben den laufenden Wochenbeitragen auch ihre Pflicht in bezug auf die ausgeschriebenen Zentralstreif-fondsmarken (siehe "Zimmerer" Nummer 42 dieses Jahres) voll erfullt haben.

Bezugsberechtigt ist im ubrigen, wer mindestens 60 Beitrage im Verbande geleistet hat, von denen mindestens 28 neuer Art (die seit dem 15. Juni 1924 eingefuhrten) sein mussen.

Diese Mitglieder erhalten die Unterstutzung nach § 14, Absatz 2, erste Staffel: "Nach 60 Beitragen".

Mitglieder, die im Verbande mindestens 156 Beitrage geleistet haben, wovon mindestens 50 der neuen Art sein mussen, erhalten die Unterstutzung nach § 14, Absatz 2, zweite Staffel: "Nach 156 Beitragen".

Weitere Staffeln kommen vorderhand nicht in Betracht, da nach Beschluß der Konferenz und nach pflicht-gemaßer Erwagung der Finanzverhaltnisse eine höhere Be-lastung der Zentralkasse undurchfuhrbar erscheint.

Die Dauer der Unterstutzung betragt bis auf weiteres 8 Wochen.

Bei Feststellung der geleisteten Beitrage zahlen Frei-marken oder auf Grund der Aussperrung freigestempelte Beitragsfelder nicht mit.

Die Unterstutzung regelt sich somit nach folgenden Satzen:

Table with 4 columns: Beitragsklasse, Beitrag für die Zentralkasse, Nach 60 Beitragen, wovon 28 neuer Art sein müssen, Nach 156 Beitragen, wovon 50 neuer Art sein müssen.

Die Unterstutzung in Sterbefallen

regelt sich nach folgenden Grundsatzen:

1. Voraussetzung zur vollen satzungsgemaßen Unter-stutzung (siehe § 16 der Satzungen) ist, daß das verstorbene Mitglied mindestens 28 der seit dem 15. Juni 1924 eingefuhrten Beitrage geleistet hat.

2. Sind Beitrage in verschiedenen Klassen geleistet, so gilt von der höchsten Klasse nach unten herunter gerechnet jene Klasse der insgesamt geleisteten neuen Beitrage, in der mindestens 9 Beitrage geleistet sind. Ist in keiner Beitrags-klasse 9 Wochen gezahlt, dann kommt jene höchste Beitrags-klasse in Anwendung, die unter der Halfte der insgesamt ge-leisteten neuen Beitrage steht.

3. Sind weniger als 28 Beitrage neuer Art entrichtet, so werden 3 Klassen zuruckgerechnet. Die Staffel, nach der Unterstutzung gezahlt wird, richtet sich immer nach der Zahl der insgesamt geleisteten (alte und neue) Beitrage.

4. Sind ubervaupt noch keine der seit 15. Juni 1924 gultigen Beitrage entrichtet, (vom Beitrag befreite oder seit langerer Zeit kranke Mitglieder), so kommt die niedrigste Klasse in jener der Gesamtzahl der geleisteten alten Beitrage entsprechenden Staffel in Betracht.

5. Sind die vom Zentralvorstand ausgeschriebenen Zen-tralstreifondsbeitrage nicht entrichtet und steht fest, daß für das verstorbene Mitglied eine Zahlungspflicht vorlag, so wird die Unterstutzung verweigert. Ist nur ein Teil der pflicht-gemaß zu entrichtenden Zentralstreifondsmarken geleistet, so wird die Unterstutzung dann um drei Klassen zuruckgesetzt, wenn festgestellt worden ist, daß besondere Umstände das Mitglied an der rechtzeitigen Entrichtung der Zentralstreif-fondsbeitrage verhindert. In diesen Fallen wird der Betrag der fehlenden Streifondsmarken von der Unterstutzung in Abzug gebracht.

6. In Sterbefallen ist immer das Mitgliedsbuch des Verstorbenen an die Zentralkasse einzusenden unter Angabe der Todesursache, des Sterbetages und darüber, ob das ver-storbene Mitglied ledig oder verheiratet war. Das Mitglieds-buch muß bis zum Sterbetage in Ordnung gebracht sein.

Die Streikunterstutzung

regelt sich nach dem Stande der Zentralkasse. In welchem Hundertsatze der unter "Streikunterstutzung" (siehe Satzungen Seite 32, § 10 Absatz 2) aufgestellten Unterstutzungsätze die Unterstutzung jeweilig geleistet werden kann, wird in Streik- oder Aussperrungsfallen den beteiligten Zahlstellen rechtzeitig mitgeteilt. Ueber die vorlaufige Festsetzung sind die Gauleiter unterrichtet.

Die Verpflichtungsmarken

werden durch Einziehung der Mitgliedsbücher allen den Mit-gliedern zuteil, die ihren zentralen Verpflichtungen während der diesjahrigen Streiks oder Aussperrungen voll nachgekomen sind.

Den Gauleitern ist der Auftrag geworden, Ende des Jahres die Mitgliedsbücher aus den Zahlstellen ihres Bezirks einzuziehen und gegebenenfalls die Verpflichtungsmarken als Bestatigung voller Pflichterfullung einzukleben.

Die Gauleiter haben der Zentralkasse durch besondere hierfür vorgesehene Formulare den Nachweis zu liefern,

welche Mitglieder ihre Pflichten erfullt und welche diese ver-nachlässigt haben. Mitglieder, die nicht bis spätestens Jahres-schluß die nötigen Zentralstreifondsmarken geleast haben, haben dadurch ihre Mitgliedschaft verwirkt. Unterstutzung aller Art darf nur an solche Mitglieder ausgezahlt werden, die auch in bezug auf die Streifondsmarken ihre Pflichten voll erfullt haben.

Nach Jahres-schluß ist dafür nur noch die Verpflichtungsmarke maßgebend. Ohne Verpflichtungsmarke ist ab Januar 1925 ein Mitgliedsbuch hinfällig.

Abhanden gekommenes Mitgliedsbuch.

Dem Mitgliede Erich Poekel, Bochum, geboren am 14. September 1897, eingetreten 30. Juni 1921 (Buch-Nr. 89 543), ist sein Mitgliedsbuch abhanden gekommen. Vor-mißbräuchlicher Benutzung wird gewarnt. Falls das Buch irgendwo gefunden oder sonst gelehrt wird, ist es an die Zahlstelle Bochum, Kaiserstr. 22, Zimmer 13, zu senden. Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Ahlen, Bochum, Coblenz, Dortmund, Duisburg, Düren, Düsseldorf, Essen, Hagen, Hamm, Herne, Lengerich, Lüdenscheid. Gesperrt ist in Herbst die Firma Giersped.

Abwehrkampf in Rheinland-Westfalen. Am 11. Oktober hat die zentrale Schlichtungsstelle einen Schiedspruch gefaßt, der besagt, daß mit Ausnahme von Köln, Coblenz und Trier, wo der Lohn um 1/3 bez. 2/3 die Stunde erhöht ist, der bisherige Lohn weiter gilt. Im gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiet soll eine Lohnerhöhung nicht eintreten. Die Arbeiterorganisationen haben dem zugestimmt, die Unternehmer haben abgelehnt.

Die Unternehmer haben einheitlich zunächst im ganzen Industriegebiet auf den Bauustellen folgende Bekannt-machung veröffentlicht:

An unsere Belegschaft!

Das Lohnabkommen vom 22. Mai 1925 für das rheinisch-westfälische Baugewerbe ist am 30. September 1925 abgelaufen. Die Kündigung ist von der Arbeitgeberschaft erfolgt, weil neue Aufträge zu den Lohnsätzen des abkommens vom 22. Mai dieses Jahres infolge aus-drücklicher Weigerung der Bauauftraggeber nicht zu beschaffen waren. Nachdem sämtliche Verhandlungen mit den Bauarbeitergewerkschaften ergebnislos verlaufen sind, haben sich die Arbeitgeberverbände, um ihren Arbeitern die Weiterbeschäftigung zu ermöglichen, gezwungen gesehen, die unten angegebene Neuregelung der Löhne ab 26. Oktober 1925 vorzunehmen. Auch für unsere Firma erklären wir uns bereit, unsere Arbeiter zu diesen neuen Lohnsätzen weiter zu beschäftigen.

Zur rechtlich klaren Regelung des Arbeitsverhältnisses kündigen wir hiermit mit Wirkung vom 23. Oktober abends zum 24. Oktober abends unserer gesamten Belegschaft, die ja zu den alten Lohnsätzen eingestellt war.

Von denjenigen Arbeitern, welche am 26. Oktober 1925 bei Arbeitsbeginn die Arbeit wieder aufnehmen, nehmen wir an, daß sie sich mit den neuen Lohnsätzen einverstanden erklären, die wie folgt lauten:

Table listing professions and their corresponding wages: Zimmerer, Gipschaler, Kanalarbeiter, Maurer, Zementarbeiter, etc.

Der Lohn sämtlicher Arbeiter auf dem Lagerplatz be-trägt 90 % des Lohnes der in Frage kommenden Arbeiter-kategorien.

Die Löhne der 19- bis 20jährigen Arbeiter betragen 90 %, der 18- bis 19jährigen Arbeiter 80 %, der 17- bis 18jährigen Arbeiter 60 %, der 16- bis 17jährigen Arbeiter 45 %, vor vollendetem 16. Lebensjahre 30 % der Löhne der Vollarbeiter.

Die Lehrlingsvergütung unterliegt der freien Verein-bahrung zwischen Lehrherrn und Lehrling.

Wir verfehlen nicht, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß wir diese Lohnfestsetzung ausschließlich im Interesse der Weiterbeschäftigung der Arbeiter wie der Unternehmer vorgenommen haben.

Wir weisen außerdem ausdrücklich darauf hin, daß alle aus einem etwa neu abzuschließenden Tarifvertrag für die Arbeitnehmer sich ergebenden Rechte unsern Arbeit-nehmern selbstverständlich vorbehalten bleiben.

(Die neben den Löhnen in Klammern angeführten Zahlen geben den bisherigen Stundenlohn an.)

Der Abwehrkampf, in den unsere Kameraden gedrängt sind, erfährt zur Zeit 25 Zahlstellen mit über 2000 Mit-gliedern. Zugang nach Rheinland und Westfalen muß streng ferngehalten werden.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 2. November:

Hof: Gleich nach Feierabend im "Banberger Hof", Alsenberger Straße.

Dienstag, den 3. November:

Bitterfeld: Nachmittags 5 Uhr im Restaurant "Bürger-garten". - Düsseldorf: Abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Klingelstraße. - Hannover: Abends 7 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses. - Ilmenau: Nach Feierabend im "Deutschen Haus". - Jöhne: Abends 8 Uhr bei Sarau, Sanduhle. - Langensalza: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus, Felsenkeller. - Sagan: Nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Sommerfeld: Gleich nach Feierabend bei Martini, Burgstraße. - Spremberg: Bei Lämmel,

Portenstr. 14. - Wistler: Abends 7 1/2 Uhr bei S. Feld-mann, Deichstraße. - Wittenberg: Nachmittags 5 Uhr bei Geist, Löpferstr. 1.

Mittwoch, den 4. November:

Annaberg-Buchholz. - Gisleben: Nach Feierabend um 5 Uhr im Volkshaus. - Essen, Bezirk Bottrop: Abends 6 Uhr im Volkshaus, Gladbecker Straße. - Langard i. Pom. : Abends 8 Uhr beim Bäckermeister Gabrecht. - Weiskensfeld: Gleich nach Feierabend im "Nichelsteiner Krug".

Donnerstag, den 5. November:

Dortmund: Abends 8 Uhr Sektionsitzung der Zimmer-polierer im Lokal Frazze, Ecke Nord- und Heilige-Gartenstraße.

Freitag, den 6. November:

Gleiwitz, Bezirk Sindenburg: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Trier: Gleich nach Feierabend bei Meißler, Hauptmarkt. - Varel: Abends 8 Uhr. - Welbert: Gleich nach Feierabend bei Veimhaus, "Schützenhaus", Ecke Friedrich- und Südstraße. - Wiersen: Abends 7 Uhr bei Witwe Michael, Große Bruchstraße. - Wiedorf: Abends 7 Uhr bei Gastwirt Torini, Schließbergstraße. - Witt-enberge: Abends 8 Uhr bei Bürger, "Zentralhalle".

Samstag, den 7. November:

Braunschw. : Abends 7 1/2 Uhr in "Stadt Helmstedt", Schoppenstedter Straße 10. - Urie: - Dessau: Gleich nach Feierabend im "Livoli". - Dortmund, Bezirk Lütgen-dortmund: Abends 7 Uhr im "Bürgerhaus", Poststraße. - Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr bei Wülben, Ecke Vereins- und Kampstraße. - Galtorf: Abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße. - Malsch: Abends 7 1/2 Uhr bei W. Schmiedemann. - Münster i. W.: Abends 8 Uhr im Restaurant von Aug. Brinmann, Krummer Timpen 36/37. - Neubrandenburg: Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus. - Oranienburg: Bei Seeger, Mühlenstraße. - Schweinfurt: Gleich nach Arbeits-schluß bei Fritz Vogt, Krumme Gasse. - Wollin: Abends 8 Uhr im "Glynum".

Sonntag, den 8. November:

Cüstrin: Nachmittags 3 Uhr bei Dills, Plantagenstr. 58. - Egenfelden: Vormittags 9 1/2 Uhr im Gasthof Jagental, Stadtplatz. - Essen: Vormittags 10 Uhr im Lokal "Eis-keller", Beuststraße. - Hagen i. W.: Vormittags 10 Uhr bei Arnold, Ecke Elberfelder- und Bergstraße. - Hamm i. W.: Vormittags 9 Uhr bei Witwe Braum, Feidstr. 81, Gewerkschaftshaus. - Jarmen: Nachmittags 4 Uhr in der Herberge. - Kempen: Vormittags in der "Glocke". - Küstin: Vor-mittags 9 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Lahn i. Schleien: Bei Schrammel. - Leer i. Ostf.: Vormittags 10 Uhr im Gasthof "Walhalla". - Neuß: Vormittags 10 Uhr bei Jakob Schaiddel, Rheinstraße. - Solingen: Vormittags 10 Uhr im Lokal von Kirschner, Hochstr. 27.

Anzeigen.

Vor Zugang nach Bochum wird gewarnt. In der Zahlstelle sind noch viele arbeitslose Kameraden vorhanden. Laut Versammlungsbeschlusse ist das Umhanteln verboten. Die Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, auf dem Bureau, Kaiserstr. 22, Zimmer 13, zu melden; es ist geöffnet von 6 Uhr abends an. [1,80 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Crimmitschau.

Umhanteln ist verboten. Zureisende Kameraden haben sich beim Vorsitzenden R. Wiessling, Beckmannstr. 27, oder beim Kassierer P. Seidel, Schützenplatz 8, zu melden. [1,80 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Grabow i. M.

Zugang nach Grabow ist fernzuhalten. Umhanteln streng verboten. Alle Kameraden haben sich zuerst beim Kassierer Otto Tiede, Berliner Straße 5, 2. St., oder beim Vorsitzenden Carl Behnke, Binnung, zu melden. [2,10 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Marienburg i. Westpr.

Umhanteln ist streng verboten. Zureisende Kameraden haben sich beim Kassierer Johann Koleskowski, Fleischerstraße Nr. 28, zu melden, wo ihnen Arbeit nach-gewiesen wird. [1,80 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Rosenberg i. Westpr.

Zugang nach Rosenberg i. Westpr. ist fernzuhalten. Um-schauen streng verboten. Alle Kameraden haben sich erst beim Kassierer A. Rudschinski, Schmale Straße 7, zu melden, bevor sie nach Arbeit umhanteln. [2,10 M.] Der Vorstand.

Die Kassierer der Zahlstellen werden ersucht, den Zimmerer Paul Böttcher, geboren am 21. August 1907 zu Zeundorf (Buch-Nr. 109 676), daran zu erinnern, seinen Ver-pflichtungen der Zahlstelle Cöthen gegenüber nachzukommen. [1,50 M.] Der Vorstand.

Der Jos. Gilles, früher wohnhaft in Aachen, Zimmerer, früherer Straße, oder wer seinen Aufenthalt kennt, wird ersucht, wegen Sterbefalles seine Adresse umgehend an Unterzeichneten zu senden. [1,50 M.] Peter Peizer, Aachen, Kaiserstr. 16.

Der Zimmerer Otto Heidenreich

aus Groß-Manzelsdorf wird ersucht, seine Adresse an den Zimmerer Adolf Hofer in Essen, Berckerstraße 15, zu senden. Kameraden, die mit ihm arbeiten, mögen ihn davon in Kenntnis setzen.

Zimmerer Friedrich Storm

aus Schwaan (Mecklenb.-Schwerin), komme sofort nach Hause wegen Deiner Bewerbung. [1,50 M.] Storm, Schwaan (Mecklenb.-Schwerin).